

Rezension

Sebastian Buciak und Rüdiger von Dehn (Hg.)

Indien und Pakistan – Atomkräfte im Spannungsfeld regionaler
und globaler Veränderungen.

Beiträge zur Sicherheits- und Außenpolitik Südasiens

Erschienen in der Schriftenreihe Sicherheitspolitik, Bd. 4, Berlin: Verlag Dr. Köster, 2010, 529 Seiten,
ISBN 978 3 89574 7359, Preis 39,80€.

Wirft man als langjähriger Kenner Südasiens einen Blick auf den Buchtitel, so wird das Interesse zunächst durch die Aktualität des Themas geweckt. Ein schwergewichtiger, 529 Seiten starker Sammelband kündigt an, sich mit der Außen- und Sicherheitspolitik der beiden größten Staaten auf dem südasiatischen Subkontinent zu beschäftigen, weil sie seit 1998 offizielle Atomkräfte sind. Das lässt vermuten, dass zumindest diese beiden Staaten in der Region eine neue Rolle spielen, die sich auf die Region insgesamt auswirkt. Neben Fragen der wachsenden oder abnehmenden Spannungen zwischen den „Erzfeinden“ Indien und Pakistan dürften auch Fragen zur veränderten Geopolitik in Südasien und dem Indischen Ozean zu erwarten sein.

Doch ein Blick in das Inhaltsverzeichnis lässt schnell deutlich werden, dass es weniger um solche als um ganz konventionelle politikwissenschaftliche Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit aus einer vermeintlich südasiatischen Perspektive geht. Insgesamt 22 Beiträge spannen den weiten Bogen von den Demokratisierungsprozessen in Indien, Nepal, Sri Lanka, Bangladesh oder Pakistan, nicht selten als Gegensatzpaar von Demokratie und Militärregierung, bis hin zu Aspekten der nuklearen Zusammenarbeit zwischen den USA und Indien oder des indischen Atomwaffenprogramms. Historische Beiträge betrachten die Geschichte Britisch-Indiens, beschäftigen sich mit dem Blick des deutschen Militärs auf Indien zwischen 1871 und 1945 bzw. der Befriedung des afghanischen Grenzraumes zu Britisch-Indien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Die Lektüre der Beiträge ist eher ernüchternd, in manchen Fällen geradezu peinlich. So gleich der erste Beitrag, der in die Geschichte



Britisch-Indiens einführen will. Wozu, fragt man sich als Leser, denn als separates, hermetisch losgelöstes Kapitel ergibt dieser historische Überblick keinen Sinn. Abgesehen davon ist der Beitrag inhaltlich nicht auf dem Stand der neuesten Forschung, auch wenn auf drei einschlägige neuere Gesamtdarstellungen zur Indischen Geschichte rekurriert wird, die mehr als drei Viertel der Fußnoten ausmachen. Das Narrativ bleibt ein höchst konventionelles und mehr als überholtes. Der frühen „europäischen Expansion“ nach Indien folgen die Kontakte der englischen Ostindiengesellschaft und die britische Kolonialherrschaft bis hin zum Unabhängigkeitskampf. Akteure sind in diesem unzeitgemäßen Narrativ fast ausschließlich Europäer, indische Handlungsträger existieren nur am Rande. Entlarvend und peinlich wird die Darstellung, wenn wenige indische Akteure, wie die so genannten Fürsten und ihre Princely States in Britisch-Indien, als „Prinzenstaaten“ übersetzt werden, was die tiefe Unkenntnis des Verfassers dokumentiert.

Besser recherchiert und geschrieben ist der darauf folgende historische Beitrag zum Blick des deutschen Militärs nach Britisch-Indien. Im Kontext des Bandes und seines Titels fragt man sich als Leser jedoch auch hier, wozu es des Beitrages bedarf. Sicherlich nicht, um die gegenwärtige außen- und sicherheitspolitische Lage in Südasien verstehen zu können. Es lässt sich beim besten Willen keine Linie aus der Vergangenheit in die Gegenwart ziehen. Und die einzige, die möglich wäre, nämlich unter dem Gesichtspunkt des explizit angesprochenen „Kleinen Krieges“ eine deutsche Afghanistanpolitik vom Kaiserreich über das Dritte Reich in die Berliner Republik zu zeichnen, unterbleibt. Einen solchen Versuch unternimmt der dritte Artikel, der britische Strategien zur Pazifizierung des britisch-indisch-afghanischen Grenzraumes vorstellt. Sinnvoll werden die historischen Erfahrungen mit der gegenwärtigen Strategie der internationalen Friedenstruppen in Afghanistan in Verbindung gebracht.

Ebensolchen Sinn, nämlich geschichtliche Kontinuitäten zur Erklärung gegenwärtiger politischer Situationen aufzuzeigen, leistet der Beitrag zu Indiens sicherheitspolitischer Wende zwischen 1962 und 1974. Überzeugend wird dargelegt, wie sich die Regierungen der Indischen Union nach dem zweiten Indisch-Pakistanischen Krieg von 1962 und dem Indisch-Chinesischen Grenzkrieg von 1965 darum bemühten, ihre Sicherheitspolitik besonders nach dem Debakel letzteren Krieges neu auszurichten. Dazu gehörte auch die Entwicklung einer Atombombe nach 1972, um China auf diesem Feld die Stirn bieten zu können. Auch erhoffte man



sich seitens der Regierung Indira Gandhi (seit 1965 im Amt), mit dieser massiven Aufrüstung nicht zum Spielball der beiden Supermächte zu werden und den erhofften Status einer Großmacht anstreben zu können. Die Zündung eines Nuklearsprengsatzes 1974 bombte Indien schließlich dorthin, wo es sich 1962 vermeintlich wähnte, nämlich in den Kreis potenter militärischer Mächte. Zu fragen wäre jedoch aufgrund der historischen Erkenntnisse, ob Indira Gandhi die Zündung überhaupt wollte oder ob nicht Wissenschaft und Militär eigenmächtig handelten.

Ein Großteil der folgenden Beiträge befasst sich entweder mit den eingangs erwähnten Fragen zu Demokratie und Militär in diversen südasiatischen Staaten oder hat die Atommächte Indien und Pakistan, was sie offiziell seit 1998 sind, zum Gegenstand. Titel sind beispielsweise „Pakistan zwischen Demokratie und Militär“ und „Bangladesch zwischen Demokratie und Militär“, als ob es im Rahmen von Sicherheits- und Außenpolitik besagter Staaten nicht geeignetere Themen gäbe. „Pakistan, die Taliban und die Atombombe“ und „Democratization of Pakistan: A Role for the European Union“ zeigen endgültig den Diskurs an, in dem sich der Sammelband bewegt und zu dem er weiter beiträgt. Zum einen behandeln die Beiträge innenpolitische Themen, was im gesteckten Rahmen von Sicherheits- und Außenpolitik südasiatischer Staaten befremden muss. Zum anderen stellt sich die Frage, wenn Demokratisierungsprozesse in Südasien und die Rolle der EU dabei sowie Pakistan, die Taliban und die Atombombe thematisiert werden, um wessen Interessen, sprich Sicherheitspolitik es eigentlich geht.

Sicherlich nicht um die der genannten Länder. So liegt denn die Vermutung nahe, die dann bei der Lektüre der Texte bestätigt wird, dass es um Fragen der Sicherheit aus europäischer und amerikanischer Sicht geht, klassisch: der NATO. Wie passen die südasiatischen Staaten, allen voran Indien und Pakistan, in das sicherheitspolitische Konzept von NATO, EU und USA. Weniger interessieren hier die sicherheitspolitischen Konzepte der südasiatischen Staaten, als vielmehr die Position und Funktion, die sie in einem NATO-Sicherheitskonzept einnehmen. Dies zeigt sich insbesondere bei dem Beitrag zu „Das ‚Comeback‘ der Atomenergie. Die Risiken des Bedeutungszuwachses nuklearer Technologien in Südasien und ihre Implikationen für eine neue Global Governance“. Generell wird davon ausgegangen, dass nicht nur Pakistan, sondern auch Indien „unsichere Kandidaten“ im Umgang mit der nuklearen Technologie sind. Die Weigerung der indischen Regierungen, das Nichtverbreitungsabkommen nuklearer Technologie zu unterzeichnen, ist nur ein Indikator für eine solche Unsicherheit.



Nicht gefragt wird indessen, warum die BJP- und Congress- geführten indischen Regierungen dies seit 1998 nicht tun. Des Weiteren wird nicht gefragt, geschweige denn analysiert, wie es sich denn tatsächlich mit der friedlich wie militärisch genutzten Atomenergie verhält. Von Interesse ist nur das militärische Potenzial, nicht aber der Umstand, dass die rapide expandierende indische Wirtschaft vor einem massiven Energiebeschaffungsproblem steht und dabei die Atomenergie eine Form der Stromerzeugung darstellt, ganz gleich, wie man hierzulande zu einer solchen Debatte steht. Auch der indische Staat und seine Bevölkerung haben den Anspruch auf eine „Brückenenergie“. Nur unter solchen Gesichtspunkten würde eine Diskussion auf gleicher Augenhöhe stattfinden. So aber, und das mahnt eben auch die indische Regierung an, besteht zum Beispiel mit dem Nichtverbreitungsvertrag ein altes „imperialistisches“ Beherrschungsinstrumentarium fort. Diese Ansicht hat ihre Berechtigung, wird aber nicht in die Debatte einbezogen.

Die Debatte, die in weiten Teilen des Bandes geführt wird, ist ein neuerliches Beispiel für einen Beitrag zu dem offensichtlich immer noch vorherrschenden „orientalistischen Diskurs“ (im Sinne Edward Saids), der mehr über die Länder des „Westens“ und ihrer Haltungen gegenüber dem „Orient“ aussagt als, wie in diesem Fall, über die Staaten Südasiens. Nicht das Handlungsvermögen der südasiatischen Staaten und ihrer Regierungen ist von zentralem Interesse, sondern wie diese Staaten sich über einen von NATO-EU-USA bestimmten Diskurs zur globalen Neuordnung verorten lassen. In dieses „Bild“ passen auch die Beiträge zu den innenpolitischen Zuständen unter den Überschriften von Demokratie, Militär(diktatur) und Terrorismus, die wenig bis nichts über das sicherheits- und außenpolitische Interesse der Staaten Südasiens aussagen. So gesehen leistet der Sammelband einen nur begrenzten Beitrag zu einem näheren und besseren Verständnis südasiatischer Staaten, dortiger Atomkräfte, ihrer Sicherheitskonzepte und ihrer Außenpolitik.

Lobenswert ist der Ansatz, Magister- und Masterarbeiten in komprimierter Form zu publizieren, denn oft gehen gute wissenschaftliche Erkenntnisse auf der Ebene des regulären Universitätsabschlusses verloren. Allerdings eignet sich nicht jede Abschlussarbeit für eine Veröffentlichung. Zudem sollten alle Beiträge, das gilt auch für die Dissertationsprojekte, redaktionell so bearbeitet sein, dass sie sich einem breiteren Lesepublikum erschließen. In der vorliegenden Form sind die meisten Artikel fußnotenschwere Beiträge, eingezwängt in ein



theorielastiges Korsett. Hier hätte redaktionelle Hilfestellung geleistet werden müssen. Zu den inhaltlichen Schwächen und Mängeln gesellen sich formale. Es ist übertrieben und unüblich, die Fußnoten in der gleichen Schriftgröße wie den Fließtext zu setzen, was die Abundanz an Anmerkungen erst recht deutlich werden lässt.

Weit dramatischer ist indessen die wahrlich schlampige Edition. Rechtschreibregeln werden gar nicht eingehalten, was sich besonders an der ß/ss Schreibweise zeigt, die innerhalb einzelner Beiträge und im ganzen Band wahllos erfolgt. Eine Silbentrennung ist nicht durchgeführt worden, so dass nicht selten große Zwischenräume in einzelnen Zeilen entstehen, was ästhetisch gesehen mehr als nur „unschön“ aussieht und das Lesen unnötig erschwert. Seltsam mutet auch an, die Fußnotenzählung durch den gesamten Band fortlaufen zu lassen. Insgesamt scheint der Sammelband zu schnell produziert worden zu sein. Sorgfalt hat in der Redaktion bei der Editionsarbeit einschließlich des Korrigierens und Redigierens offensichtlich keine Rolle gespielt.

Empfehlen kann man den Sammelband nicht, zu schlecht ist allein seine äußere Präsentation. Gravierender aber wiegen die inhaltlichen Mängel sowie der fatale „orientalistische Diskurs“, zu dem die meisten Artikel ihren sicherlich ungewollten Beitrag leisten. Dies ist ja gerade das Dilemma mit dem Diskurs. Aber zu wissenschaftlichem Arbeiten gehört eben auch, dass man sich über solche Diskurse im Klaren ist – und nicht einfach weiterschreibt.

Michael Mann. michael.mann@asa.hu-berlin.de

